

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

(ehem. Rotdorn) Nummer 39

Wilhelmshaven, Juni/Juli 1982



RUSCHEREI IN DER KRISE

Konflikte um das erste Whv'er Stadtteilhaus

Das erste Wilhelmshavener Stadtteilhaus, die "Ruscherei" in Altengroden steckt in einer Krise. Nach einem hoffnungsvollen Beginn im letzten Jahr kam es bald zu Auseinandersetzungen um die Arbeit im Haus. Menschliche Unstimmigkeiten und kulturpolitische Meinungsverschiedenheiten verquickten sich unheilvoll. Der Höhepunkt: Nach monatelangen Reibereien kündigte der "Förderverein Stadtteilhaus Altengroden e.V." dem Leiter der Ruscherei, Hajo Kruda. Droht aus der Ruscherei ein bloßes Vereinsheim oder eine "kommunale Kneipe" zu werden?

Die Ruscherei "wurde von den Besuchern förmlich überrannt" hieß es in einer Presseerklärung des Stadtteilhauses im Oktober 1981. Die umfangreichen freiwilligen Arbeitseinsätze des Altengrodenener Bürgervereins, der dortigen Sozialdemokraten und weiterer Helfer trugen erste Früchte. "Skeptiker konnten von dem Bedarf nach einem Gemeinschaftshaus im Stadtteil überzeugt werden."

Die Ruscherei - inmitten der Kneipen- und Kulturwüste Altengroden gelegen - bie

tet für jeden etwas: Vereinstreffen und Kindernachmittage, Filmabende und politische Veranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften und Seniorentreffs. Die Ziele des Hauses: "Kommunikation, Kreativität und Identifikation des Bürgers mit seiner Umwelt" werden erreicht. Eine "exzellente Leistung", wie einer der "Väter" der Ruscherei betont.

Das Modell erscheint nachahmenswert:
Fortsetzung S.

Der alte Rotdorn heißt jetzt Gegenwind

Nach fast vierjähriger Rotdorn-Arbeit müssen die bisherigen Rotdorn-Macher dem Blatt einen neuen Namen geben. Die bisherige Arbeit wird jedoch fortgesetzt. Was sich hinter der Umbenennung verbirgt, ist auf Seite 2 zu lesen.

ARBEITSDIENST

durch Sozialhilfeempfänger! diese Parole gab Ratsfrau Karin Patent (CDU) kürzlich in der Sozialausschußsitzung des Rates aus. Frau Patent möchte nach Berliner Muster Sozialhilfeempfänger unentgeltlich zu öffentlichen Arbeiten heranziehen. Stadtrat Horst Engstler (CDU) stellte fest, daß dies in der Verwaltung geprüft werde. Man stelle sich eine Sozialhilfeempfängerin mit vier Kindern vor, die zum "öffentlichen Wohle" im Winter Schnee schippen oder im Sommer Unkrautzupfen darf! Hatten wir das nicht schon mal? wk

VERDOPPELT

werden soll die jährliche Fahrtkosten pauschale für Ratsmitglieder von ca. 450,- DM auf 900,- DM. Um das Geld wieder hereinzuholen, will man bei der Reinigung der öffentlichen Gebäude sparen. Diese liegt in privaten Händen. Be rechnungen zufolge werden die privaten Reinigungsfirmen wegen der stark ver ringerten Arbeiten fünfzig (!) Putzfrau en entlassen. Wir wünschen unseren Volksvertretern ein gutes Gewissen bei ihren Fahrten durch die Stadt. wk

Wer zuhause bleibt, wenn der Kampf
beginnt
und läßt andere kämpfen für seine Sache,
der sollte sich versehen;
denn, wer nicht geküßt hat den
Kampf,
der wird teilen die Niederlage.
(Bert Brecht)

NACHRICHTEN

GEGEN DEN WIND

stellen sich Teestube Kluntje und Cafe' Fleur mit einem neuen Konzept.

Als Kollektiv von acht Leuten, Schülern und Studenten, bietet sie neben dem Verkauf und Ausschank von vielen Teesorten, Kaffee aus Nicaragua, Kaltgetränken, Kuchen, Geschenkartikeln die Möglichkeit, Bilder auszustellen, Musik zu machen, Beziehungen zu knüpfen, Tageszeitungen zu lesen, Spiele auszuleihen und natürlich: Vorschläge zu machen. Politische und andere Gruppen können das Cafe' Fleur als Treffpunkt nutzen. Dort können sie auch Flugblätter drucken.

Der Reingewinn, den das Kollektiv erwirtschaftet, wird auf dessen Beschluß in Veranstaltungen, Gruppenarbeit, Spiele u.s.w. investiert. So können auch finanzschwache Gruppen bei der Arbeitsgemeinschaft der Teestube Unterstützung finden.

Teestube Kluntje
Passage 55 Marktstraße
Tel. 21 555

Öffnungszeiten: Mo-Sa 10 - 24 Uhr
So 14,30 - 18 Uhr

PEINLICH

ist Ulrich Iserlohe, Landtagsabgeordneter der SPD, ein Bestechungsversuch, der in seinem Namen geschah. Im SPD-Wahlkampfblatt "Zeitung am Sonntag", sollte ein Artikel über das neue Kommunikationszentrum für Türken in der Rheinstraße erscheinen - voller Lob für Oberstadtdirektor Eickmeier, der das Vorhaben jahrelang blockiert hatte. In letzter Wahlkampfminute kriegten die Genossen kalte Füße und schickten den Verfasser mit 200,- DM "Entschädigung" für den nicht abgedruckten Artikel zu den Türken. Diese lehnten dankend ab. Refik El Basi, der Vorsitzende des "Vereins der Türken": "Eigentlich wollte ich Herrn Iserlohe für die 200,- DM Blumen schicken. Aber dann habe ich mich doch für einen freundlichen Brief entschieden und das Geld abgelehnt" wk

VERWIRRUNG

stiftete die "Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt" (Lufa) beim Bauern Pietsch in Memershausen. Die Lufa schickte ihm in der Folge des ICI-Unfalls am 1.12.1981 ständig Berichte ins Haus. Danach sind im Gras über 130 mg Kupfer / kg Trockenmasse festgestellt worden. Der Schafauftrieb wurde auf einigen Weiden verboten. ICI hat sich bereiterklärt, für den Schaden aufzukommen. wk

GESCHEITERT

ist vorerst das Projekt eines kommunalen Kinos in Wilhelmshaven. Der Oldenburger Kino-Mann Rossmann ("Casablanca"), der im "Apollo" ein Programmkinos mit anspruchsvollem Filmangebot einrichten wollte, gab auf, als der Kino-Gigant Filmzentrum sich im Gegenzug ausweiten wollte. Wilhelmshaven bleibt auch weiterhin Filmprovinz. wk

LERNMITTEL

Der SSRW fordert noch immer mit Nachdruck von der Landesregierung die Einführung der uneingeschränkten Lehrmittelfreiheit in Niedersachsen. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß das von Kulturminister Remmers eingeführte Bezugs-Schein-System -Lehrmittelhilfe in in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Angaben der Schüler und Eltern für Lehrmittel stehe.

Niedersachsen liege mit seiner Lehrmittel-Hilfe weit hinter allen anderen Bundesländern, und leider sei noch immer von Chancengleichheit in Niedersachsen keine Rede.

Wie bereits im vergangenen Jahr veranstaltet der Stadtschülerrat Wilhelmshaven (SSRW) auch 1982 wieder einen stadtweiten Schulbuchflohmarkt in Wilhelmshaven. Dieser soll am Samstag, den 19. Juni rund um die Jugendfreizeitstätte Krähenbusch von 14 - 17 Uhr von der SSRW durchgeführt werden. SSRW

Der alte Rotdorn ist passé, nun gibts "Gegenwind"

Es kommt selten vor, daß Kinder ihren Namen wechseln. Dem traditionsreichen Rotdorn konnte dieses Schicksal nicht erspart bleiben. Nachdem sich die Rotdorn-Eltern mit der allmächtigen Großmama SPD zerstritten hatten, befand diese: "Rotdorn darf nur ein echtes SPD-Kind'l heißen." Und so taufen die alten und neuen Rotdorn-Eltern ihr Kind um: Es heißt nun "Gegenwind".

Jahrelang versuchte die SPD-Rechte, den alten "Rotdorn" kaputtzumachen. Die Rotdorn-Macher arbeiteten oftmals unter der Androhung von Parteiordnungsverfahren. Entgegen Parteitagebschlüssen wurde dem "Rotdorn" finanzielle Unterstützung versagt. Nach dem Parteiaustritt der Rotdorn-Macher entdeckte die SPD plötzlich ihre Liebe zum "Rotdorn".

Er wurde zum Parteiblatt erklärt, den alten Rotdorn-Machern das Recht abgesprochen, jemals wieder einen Rotdorn erscheinen zu lassen. Alles im Einklang mit dem bürgerlichen Presserecht. Statt auf inhaltliche Auseinandersetzung besann sich die SPD auf ihre alte Stärke: den Formalismus.

Die neuen Jusos wollen den Rot-

dorn 4 mal pro Jahr als Juso-Organ weitererscheinen lassen. Sie haben mit dem alten Rotdorn nichts zu tun gehabt, ja sogar zum Teil gegen ihn gearbeitet. Der neue Juso-Rotdorn hat also mit dem alten nicht mehr als den Namen gemein. Gegenwind Nr. 39 ist die reguläre Folgenummer von Rotdorn Nr. 38. Die ehemalige Rotdorn-Redaktion setzt ihre Arbeit im "Gegenwind" fort.

Allerdings wird "Gegenwind" offener für die Belange der Friedens- und Umweltschutzbewegung sein, als der "Rotdorn" als "Parteiorgan" es je sein konnte. Gegenwind ist die Zeitung derer, die sie machen und derer, die sie bezahlen. Tretet in den "Gegenwind - örderkreis" ein.

die ehemalige Rotdorn Red.

Impressum

GEGENWIND (ehem. Rotdorn)
Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz. Unabhängig - überparteilich.

Herausgeber: Ehemalige ROTDORN-redaktion/Gegenwind-Förderkreis
Verantw. i.S.d.b.P.: Wolfgang Kuschel, Kettenstr. 36, 2940 WHV, Tel. 20 19 70 oder 201 201.

Anzeigen: Hajo Stolze, Holtermannstr. 52, Tel.: 32 777, 2940 WHV.

Vertrieb: Siegfried Steiner, Ulmenstr. 1e, 2940 WHV, Tel.: 34351.

Erscheinungsweise: Je nach Finanzlage monatlich.

Gegenwind-Förderkreis: c/o Wolfgang Kuschel, s.o. Konto bei BfG-WHV Nr. 12 62 87 41 00.

Redaktion: Rolf Biermann, Werner Dalchow, Uschi Frank-Kuschel, Antje Jürgensen, Wolfgang Kuschel, Siegfried Steiner, Hajo Stolze, Rainer Weber.

Zus. Mitw. an dies. Ausg.: Kay Fraaz, Hans-Jürgen Kaiser u. viele andere Helfer.

Red.schluß für den nächsten Gegenwind: 1. 8. 1982

Aufl. 5000 St.

BEDRÜCKEND

wirkte die Anwesenheit des greisen "Stahlhelm - Ehrenlandesführers" und CDU - Ratsmitglieds Wilhelm Schrader bei der Einweihung des Krökel-Platzes in Bant. Krökel war von des Nazis ermordet worden - der Stahlhelm einer der eifrigsten Steigbügelhalter Hitlers. wk

SEITENWECHSEL

Ein Seitenwechsel erfolgte bei den Förderern des Stadtteiles Bant. Bisher war es die SPD, die sich für die Erhaltung der Werft haussiedlung einsetzte und jedes Jahr eine Summe in den Haushalt der Stadt aufnahm, um weitere Verbesserungen zu ermöglichen. Bei der Aufstellung des Sparhaushaltes im April 82 gab die SPD diesen Betrag dem Rotstift preis. Die CDU, die im Kommunalwahlkampf 81 die Bedeutung des Stadtteiles Bant erkannt hat, setzte sich für die Fortführung der Stadtteilverbesserung in Bant ein und nahm den Betrag wieder in den Haushalt auf. Zur Verblüffung aller wurde sie dabei mit einem Mal wieder von der SPD unterstützt. -oe



GEGEN

Gewerkschaftsinteressen verhält sich der Verwaltungsausschuß des Rates, dem alle Parteien angehören. Als der städtische Personalratsvorsitzende Georg Rohde kürzlich wie gewohnt an der Sitzung teilnehmen wollte, wo - so Rohde - Dinge besprochen wurden, "die den Personalrat etwas angehen", hörte er schon beim Eintreten: "Was will der denn hier?". Der Verwaltungsausschuß - der wichtigste Ausschuß des Rates (so eine Art Regierung) - war einhellig (!) der Meinung: "Rohde muß raus!" Ein Rundschreiben ("Verwaltungsausschuß tritt Personalinteressen mit Füßen.") half nichts. Oberstadtdirektor Dr. G. Eickmeier sprach sogar von "Hysterie". Die Rathausparteien verbannten die Arbeitnehmervertreter auch weiterhin aus dem Verwaltungsausschuß. Nach dem Vorbild der SPD - Fraktion übrigens, die schon nach der Wahl alle Gewerkschaftsvertreter von ihren Vorschlagslisten für Aufsichtsräte und städtische Gremien gestrichen hatte. wk

DIE ALTE LEIER

Immer wieder Grodendamm

Der Wilhelmshavener Finanzchef Dr. Norbert Boese tritt immer mehr aus seiner bisherigen Rolle der "grauen Eminenz" heraus. Boese fängt immer offener an, auf eigene Faust Politik zu machen. In der Grodendammfrage auch am müder werdenden Oberstadtdirektor vorbei.

Ende April flatterte den über- raschten Ratsmitgliedern ein Papier in den Briefkasten. Darin forderte Finanzdezernent Boese - allen neueren Diskussionen zum Trotz - die alsbaldige Öffnung des Grodendamms. Mit detaillierten Vorschlägen für eine mittelfristige Finanzierung und völlig neuen Kostenrechnungen.

Mit altbekannten Argumenten macht sich Boese zum Sprecher der Industrieinteressen: Krupp habe wegen des Grodendamms schon Verluste von 50 Millionen Mark hinnehmen und "bei nüchterner Betrachtung" schon längst schließen müssen. 16 Millionen Mark habe Krupp Richtung Banter See investiert, eine Neuorientierung auf den Kanalhafen sei ausgeschlossen. Unverblümt droht Sozialdemokrat Boese schließlich im Namen von Krupp mit der Vernichtung hiesiger Arbeitsplätze. Und das alles, wo ehemalige Grodendammgegner schon längst wieder über den Ausbau des Kanalhafens nachdenken.

Auf der Grundlage des Bebauungsplanes von 1978 (den die SPD-Fraktion durch den Bruch eines Parteitagebeschlusses zustande brachte) ging die Stadt von 31,6 Millionen Mark Kosten aus, wovon die Hälfte das Land zahlen sollte. Doch das wagt sich beharrlich. Krupp

bietet eine Lösung für 17,6 Millionen Mark an.

Nun bietet Kostenbezwinger Boese neben der Peitsche Arbeitsplatzvernichtung das Zuckerbrot "geringere Kosten" an. Das Bauprogramm 1978 soll nun etwa zu den Kruppschen Kosten laufen. Boese rechnet mit 49 Millionen Kosten, von denen die Hälfte das Land tragen soll und ein weiterer Teil vom Hafeninvestitionsprogramm bestritten wird.

In dieses Bild paßt auch, daß der Jade-Yacht-Club, der seinen Platz am Grodendamm gegenüber der Banter Ruine hat, mit 130.000.-DM als Entschädigung abgefunden wird. Er soll gegen seinen Wunsch auf das gegenüberliegende Ufer wechseln. Gerüchte sprechen von einer Vorbereitungsmaßnahme für die Grodendammöffnung.

Um die Heerscharen der Banter-Seegegner zu sammeln, vereinten Krupp und Boese Ende April mögliche Bündnispartner aus den Fraktionen in einer auserlesenen Informationsrunde - ohne die sogenannten "Linken" also. Tenor der Sitzung: Eine Entscheidung ist bis Herbst '82 notwendig. Die Sitzung fand übrigens ohne den Banter-See-Freund Dr. Eickmeier statt. woku

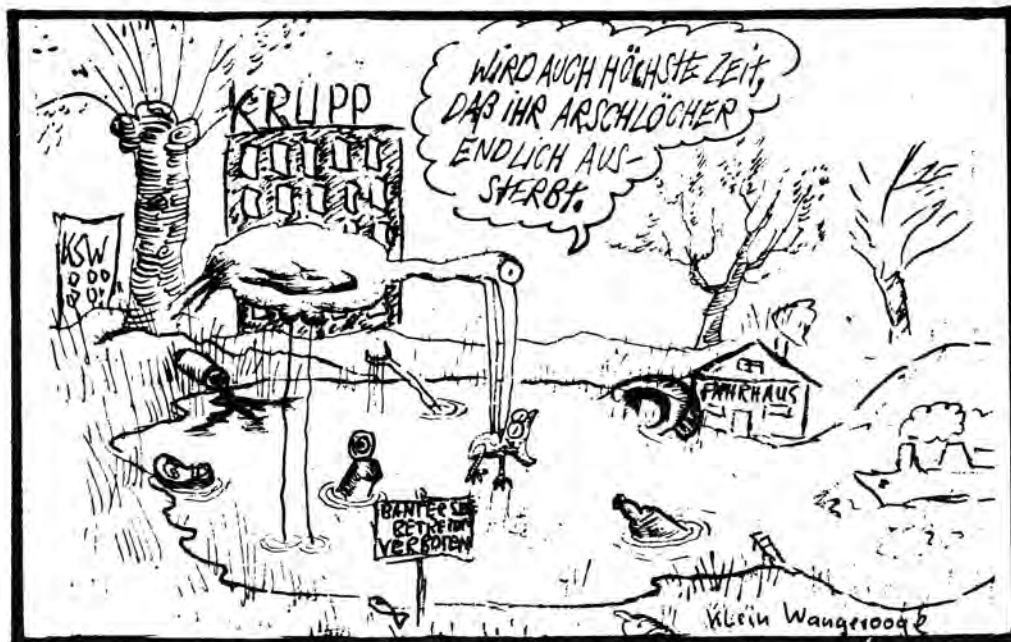




Foto v. S 1

Was wird aus der RUSCHEREI ?

Die Stadt gibt das Geld (90.000 Mark im Jahr), ein privater Förderverein fungiert als Arbeitgeber, die Ruscherei-Mitarbeiter prägen das Gesicht des Hauses.

Nach der Gründungsphase die ersten Konflikte: Sollen die Grünen ins Haus oder nicht? Dürfen Handzettel politischer Gruppen ausliegen? Die Zusammenführung von Jugend und Alter klappt nicht so recht.

Die Mitglieder von Bürger- und Förderverein klagen über Unordnung im Haus. Mal sitzen die Gardinen nicht richtig, mal sind die Tische zu dreckig. Auf die Jugend werde zuviel Rücksicht genommen.

Im Dezember 1981 will der Förderverein Kruda kündigen. Nach Verhandlungen

wird schließlich die Probezeit des Hausleiters verlängert. Die Ruscherei bietet auch weiterhin kritische Themen an. Kruda: "Ein Stadtteilhaus kann nicht unpolitisch sein. Es soll anregen. Hellmut Stefens, der Vorsitzende des einflussreichen Bürgervereins Altengroden, sieht das anders. Die Grünen würden begünstigt: "Als Außenstehender erhält man leicht den Eindruck, daß da eine bestimmte politische Richtung bevorzugt wird."

Das Ruscherei-Team hat es nun zunehmend schwerer, sein offenes Konzept der Stadtteilarbeit gegen den vom ehemaligen SPD-Oberbürgermeister Krell zusammen gesetzten, eher konservativen Förderverein durchzusetzen. Schließlich bringt man neue Vorwürfe bei: Angebliche Mängel in der Buchhaltung und zu geringe Bereitschaft des Hausleiters, reine Verwaltungsaufgaben im kaufmännischen Bereich

zu übernehmen.

Nur: Davon stand in der im Februar 1981 in der WZ erschienenen Stellenanzeige, auf die sich der gelernte Kaufmann Kruda beworben hatte, nichts: "Erwartet werden Fähigkeiten und Erfahrungen in der Jugend und Altenpflege, Kulturarbeit, Nachbarschaftshilfe" u.s.w. Die städtische Arbeitsplatzbeschreibung klingt ähnlich. Der Fördervereinsvorsitzende, der Marineangehörige Werner Drewes ("Der arbeitet wie ein Tier für die Ruscherei.") beharrt jedoch auf seinem Standpunkt: Der Hausleiter soll sich vor allem um die Verwaltung kümmern. So flatterte Kruda schließlich die Kündigung zum 30. Juni 1982 ins Haus.

Das lassen sich die Jugendlichen nicht bieten. Sie sammeln Unterschriften für Kruda. Der zögert zunächst. Er meint jedoch daß die Verwaltungsarbeit nicht seine Hauptaufgabe ist und zieht schließlich vor Gericht. Ruscherei-Mitarbeiterin Magda Franke: "Hier ist sicherlich nicht alles so gelaufen, wie es könnte. Die Kündigung ist aber nicht gerechtfertigt." Die Altengrodener SPD hält sich bedeckt bzw. steht zum konservativen 13-köpfigen Förderverein. Die fortschrittlichen "Väter" der Ruscherei schweigen. Vor Gericht kommt es schließlich zum Vergleichsverfahren. Aus diesem Grunde sind weder vom Förderverein noch vom Hausleiter Stellungnahmen zu bekommen. Jedoch: Hajo Kruda wird arbeitslos.

Nur in der Stadtverwaltung reibt sich ein "leitender Herr" bereits die Hände: "Wenn's nich löpt, dann löpt dat nich." Was das in der Zeit des knappen Geldes bedeutet, ist klar. Klar ist auch bereits, daß als neuer Leiter der Ruscherei kein Sozialpädagoge oder Kulturarbeiter, sondern nur ein finanzkundiger Verwalter eingestellt wird. Bedeutet dies das Ende eines fortschrittlichen Experiments in einem konservativen Stadtteil? Der Ruscherei und den Altengrodenern ist etwas anderes zu wünschen. woku



LAND'S END ab 21⁰⁰
Neckarstr.: 25



NICHTS GEWESEN ?

Die JUSOS nach dem Sturm

In der Rekordzeit von nicht einmal einer (!) Stunde absolvierten die Wilhelmshavener Jungsozialisten ihre jüngste Jahreshauptversammlung. Da nahezu der gesamte alte Juso-Vorstand die SPD verlassen hat, wurde die Versammlung vom SPD-Vorstand einberufen und geleitet. Das Ergebnis: Fast alles neue Gesichter im Juso-Vorstand.

Der Austritt der 30 Aktiven, die jetzt bei den "Demokratischen Sozialisten" arbeiten, hat die Jusos getroffen: Statt der fünfzig Hauptversammlungsteilnehmer im vergangenen Jahr waren ganze sechzehn erschienen. Die Hälfte davon stellt nun den Vorstand mit Walter Heide an der Spitze.

Trotz des Wirbels, den der Austritt der 30 gemacht hatte, wollte niemand von den Rest-Jusos über die neue Situation diskutieren: Zum Tagesordnungspunkt "Lage der Or-

ganisation" gab es keine Wortmeldung. Man zog die Tagesordnung durch, als wenn nichts gewesen wäre.

Der "Rotdorn" soll nun nur noch viermal pro Jahr als Juso-Organ erscheinen, nachdem die SPD durch rechtliche Schritte gegen die ausgetretenen jahrelangen Rotdorn-Macher den Weg dazu freigemacht hat. Der neue Juso-Vorstand hofft, auch noch das innerparteiliche Erscheinungsverbot beseitigen zu können. Angesichts des konservativen Roll-

Fortsetzung S. 5

Forts. v. S. 4 (Jusos)

back's in der SPD eine schwere Aufgabe - falls man sie nicht durch politisches Wohlverhalten erkaufen will.

Wie nicht anders zu erwarten, bedeutet die Vorstandsneuwahl auch einen politischen Kurswechsel. Hatten bisher bei den Jusos Angehörige der sogenannten "undogmatischen Linken" das Sagen, so bestimmen jetzt mehrheitlich langjährige Mitarbeiter der Zeitschrift "Progressiv" das Bild der SPD-Jugendorganisation. "Progressiv" entstand seinerzeit in Konkurrenz zum alten Rotdorn und war den Jusos alles andere als freundlich gesonnen. Die Zeitung war in den vergangenen Jahren durch ihre ausgesprochen moskautreue Berichterstattung in Sachen Polen und Afghanistan aufgefallen. Fix machte deshalb in SPD-Kreisen das böse Wort von den "harten Moskowiten" die Runde.

Inzwischen versuchen die Rest-Jusos Tritt zu fassen. Mit Mühe: Auf dem Demonstrationzug vom Gewerkschaftshaus zum Kurpark am 1. Mai hielt ein einsamer Aufrechter die Juso-Fahne hoch.

Und die letzte Juso-Veranstaltung zum Jugendplan, die groß in der WZ herausgebracht wurde, besuchten lediglich drei Besucher.

WoKu

RAT-LOS

Verwaltungsmanagement

Oberbürgermeister Hans Janßen "will niemanden anklagen, aber die Suche nach den Ursachen wird man wohl durchführen müssen." Es darf bezweifelt werden; daß dies geschieht. Gilt doch im städtischen Filz das Prinzip: "Zeigst Du auf die Leichen in meinem Keller, so zeig ich auf die Leichen in Deinem Keller." Und wer will sich schon selbst ans Messer liefern?

Worum geht es? Während bei den Auseinandersetzungen um den Nachtragshaushalt 1982 die Ratsmitglieder verbissen um jede Mark kämpften, während durch die Essensgelderhöhung an der IGS Chancengleichheit abgebaut wird, gehen durch merkwürdige, ja unglaubliche Kostensteigerungen Millionenbeträge über den Tisch. Das Freibad Nord kostete 1979 noch "billige" 2,9 Millionen Mark. Die Kosten der kürzlich eingeweihten Veranstaltungshalle im Sportforum jedoch stiegen von 5,5 (Planung 1978) auf ganze 11,8 Millionen DM. Das mit 3,6 Mil. Mark geplante Freibad im Sportforum soll am Ende gar fast dreimal so viel kosten.

Dem städtischen Hochbauamt schienen die Kosten für die Veranstaltungshalle bereits 1978 merkwürdig niedrig angesetzt. Man taxierte auf mindestens 10 Millionen (WZ v. 4.11.78). Doch die private "Planungsgruppe Hildesheim" (PGH) tönte, man könne "um mehrere Mio. Mark unter dieser Summe" liegen. Immerhin ging man schließlich auf 7,5 Millionen. Doch das erschien dem Stadtkämmerer Dr. Norbert Boese immer noch zu hoch.

Inzwischen hatte sich die von höchster Verwaltungsspitze protegierte Planungsgruppe Hildesheim aufgelöst, der Auftragnehmer Klaus Herbert sich wegen finanzieller "Unregelmäßigkeiten" ins Ausland abgesetzt. Die Gesell-

schaft bildete sich um und bat erneut um den Auftrag der Stadt. Im Januar 1980 erhielten sie zu den alten Bedingungen den Auftrag zum zweitenmal - dank der energischen Bemühungen von Eickzeier und Boese. Für die Auftragsvergabe soll allein die "Erfahrung" im Sporthallenbau ausschlaggebend gewesen sein.

Ein schwerer Irrtum, wie sich angesichts der zahlreichen technischen Fehler beim Hallenbau jetzt herausstellte. Von einigen Sitzreihen kann man die Tore nicht sehen, der Boden mußte nachträglich kostenspielig höhergelegt werden u.s.w.

Doch für die Planungsfehler kann man die neugebildete Planungsgruppe nicht mehr haftbar machen, da die Entwürfe von der alten stammten. Es stellt sich die Frage, ob die Verantwortung für die Kostensteigerungen nicht in der Verwaltungsspitze selbst zu suchen ist.

70 000 DM kostete die Planung der Halle. Mit 48 000 hatte sie bewusst niedrig der Stadtkämmerer angesetzt. Damit konnte er im Rahmen des geltenden Rechts verwaltungsintern (!) den Auftrag an die protegierte "Planungsgruppe Hildesheim" vergeben. Ab 50 000 DM hätte der Bauausschuß ein Wörtchen mitzureden gehabt! So aber brauchte "Kostenverminderer" Boese die parlamentarischen Gremien nicht erst zu fragen.



ABGERISSEN

werden soll nun doch das Bunte Haus, nach dem sich zu den Bedingungen der Stadt (Kauf+Erhaltung) kein Interessent gemeldet hat. Das Haus ist inzwischen völlig verrottet. Die neuen Kaufbedingungen stellen dem Käufer des Grundstückes frei, was er mit dem Gebäude macht. Hotelbesitzer Letschert kann nun endlich zulangen, um anstelle des Hauses eine Kegelbahn zu errichten.

wk





KOHLEVERGASUNG-ADE!

Dr. Norbert Boese, städtischer Beauftragter für die Industrieansiedlung, wußte es vor zwei Wochen noch ganz genau. Die Initiative "Bürger gegen Kohlevergasung", so ließ er in der WZ verlauten, manipuliere und wolle "die Bürger für dumm verkaufen". Nun hat er es sozusagen amtlich aus dem Mund der Niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel, daß das Intermezzo Shell nun vorbei ist, ehe es richtig begann.

Das Geschäft mit der Kohle läuft also nicht. Originalton Shell: "Bei nüchterner Abwägung erscheint es auf Jahre nicht realistisch, daß Kohlegas und Folgeprodukte wirtschaftlich produziert und vermarktet werden können." (WZvom 3.6.) Neben der Umweltproblematik war dies der Haupteinwand, den die Initiative gegen die Kohlevergasung vorgebracht hat. Außer persönlicher Diffamierungen gegen die Sprecher der Initiative sah sich in der Verwaltung niemand bereit, diese Vorbehalte ernsthaft zu erörtern. Beispielsweise wie man es verantworten will, wenn wertvolle Grodenflächen ("Filletstücke" - Breuel) für eine zweifelhafte Unternehmung reserviert und auf Jahre hin für eine sinnvolle Nutzung blockiert werden.

Dennoch: Schadenfreude ist hier fehl am Platz - Genugtuung allenfalls über ein gerade noch rechtzeitiges Ende einer verhängnisvollen Konzeption. Die Lage der Stadt ist alles andere als rosig. Man muß auch der Verwaltung zugestehen, daß ihr ernsthaftes Bemühen, Arbeitsplätze zu schaffen, das Stadtsäckel zu füllen und Strukturprobleme abzubauen, die Prüfung jeder sich bietenden Gelegenheit einer Neuan-

siedlung einschließen muß. es zeigt sich aber immer deutlicher, daß die ursprüngliche Konzeption Wilhelmshavener Ansiedlungspolitik einer grundlegenden Korrektur bedarf. Die Prämissen der 70er Jahre sind heute nicht mehr gültig. Die Erwartungen der Küstenregion, ihre Strukturprobleme durch die Monostruktur neuer chemischer Großtechnologie zu lösen, hat sich als Sackgasse erwiesen. Die Stadt Stade ist ein Beleg dafür: die dortige massive Ansiedlungspolitik brachte zwar Steuergelder in die Stadtkasse, womit die Altstadt renoviert werden konnte. Hinter der Fassade verbirgt sich jedoch eine Arbeitslosigkeit von nach wie vor 11% und eine kaputte Umwelt dazu.

Fort. rechts oben



Wach

Auch in Wilhelmshaven schlägt die Monostruktur der Chemieindustrie voll durch. Der PVC-Markt liegt am Boden (Vgl. Spiegel v. 7.6.), und ICI ist immer noch nicht in Produktion gegangen - wenn überhaupt. Der Ölumschlag bei Mobil und NWO ist geschrumpft. Folge: Steuererwartungen der Stadt erfüllen sich nicht. Der Haushalt läßt ein Loch von 14 Mio DM, Kürzungen in allen Bereichen.

Das Ende der Wachstumseuphorie zeigt auch das Ende bisheriger Strukturpolitik, die längst nationale Grenzen gesprengt hat. Heutzutage kann eine Region Strukturverbesserungen nur noch auf Kosten anderer Regionen betreiben. Arbeitsplätze, die unter diesen Gesichtspunkten hier geschaffen werden, rationalisieren die internationalen Konzerne woanders weg. Nur bereit, dort zu investieren, wo sie ihre Profiterwartungen mit massiven Steuergeschenken und Subventionen - auf Kosten der Allgemeinheit realisieren können. Die strukturschwachen Gebiete in Europa sind in einen Konkurrenzkampf gegeneinander getreten, in ihren Vorleistungen sich überbietend. Die gescheiterte Kohlevergasung ist nur ein Indiz in dieser Kette. (fu)



AKW IN WHV ?

Kleine Anfrage zur Öffentlichen Ratssitzung am 17.03.1982.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

AKW in Wilhelmshaven?

Kleine Anfrage zur Öffentlichen Ratssitzung am 17.03.1982.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

In der letzten Zeit mehrten sich Informationen, die auf eine Beschäftigung der Verwaltung mit Kernenergiefragen hindeuten. Frage: Beschäftigen sich Angehörige der Verwaltung mit Fragen atomrechtlicher Genehmigungsverfahren oder mit anderen Problemen in Bereich Atomenergie? Wenn ja. Steht diese Beschäftigung im Zusammenhang mit Überlegungen zur Errichtung von Atomkraftwerken in der Stadt oder Umgebung?

Dr. Eickmeier antwortete mit Nein Die WZ verschweigt die ganze Anfrage.

DER BÄR WAR LOS

Das nun schon traditionelle Pfingstjugendtreffen des deutschen Gewerkschaftsbundes fand auch in diesem Jahr wieder regional in Wilhelmshaven auf dem Pumpwerkgelände, diesmal auf Initiative des Landesbezirks Niedersachsen, statt. An der dreitägigen Veranstaltung nahmen insgesamt 550 Kolleginnen und Kollegen, davon 250 aus Bremen und 70 aus Wilhelmshaven, teil. Das Treffen stand unter dem Motto: "Jugend für ihre Zukunft". Themenschwerpunkte waren unter anderem: Jugendarbeitslosigkeit, Frieden, Abrüstung, Entspannung, Neofaschismus, Berufliche Bildung, Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion. Dazu wurden Arbeitsgruppen gebildet. Den Auftakt des Treffens bildete am Samstag eine Demonstration durch die Innenstadt, an der 600 Leute teilnahmen. Anschließend fand in der Fußgängerzone Grenzstraße eine Abschlußkundgebung statt. Das hervorragende Gesamtbild des Pfingstjugendtreffens, an dem auch chilenische und türkische Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, rundeten auch die kulturellen Beiträge ab. So gab es verschiedene Workshops, die u.a. der Selbstdarstellung der einzelnen Gruppen dienten. Gezeigt wurde auch ein sehr interessantes Filmprogramm. Die auf dem Treffen angefertigte Zeitung fand großes Interesse. Für die musikalische Unterhaltung sorgten Pk 7, Radio Barmbek, Lining Track, die Wildsäue, die Karl von Ossietzky-Gruppe und verschiedene Liedermacher, die sich unter den Teilnehmern befanden. Im nächsten Jahr wird das Pfingstjugendtreffen voraussichtlich für den norddeutschen Bereich in Hannover stattfinden. RaWe

Verständnis

Auf Initiative der beiden Ratsherren Hans Hartmann (SPD) und Dr. Wolf Herold (Grüne), verringert die Stadt jetzt den Einsatz von chemischen Pflanzengiften (Bioziden) in den öffentlichen Anlagen. Mal sehen ob die Freunde keimfreier Gartenanlagen den Anblick sich wiegender Unkräuter ertragen können. Immerhin: Ein Unkraut ist eine Pflanze, deren Nützlichkeit sich noch nicht erwiesen hat! ufk

ERSCHÜTTERT

und gleichzeitig hellhörig gemacht hat uns das tragische Flugzeugunglück bei der ICI-Brücke. All die hochexplosiven Güter, die am Groden lagern und sich auf der Jade bewegen! Darf dieses Gebiet wirklich von jedermann überflogen werden?

Vom Flughafen Mariensiel bekamen wir Auskunft: "Wir dürfen es überfliegen, egal wie hoch. Wir haben in der Fliegerei Gott sei Dank noch Freiheit." ufk

WIR SAGEN NEIN!

Den Frieden sichern

Wir sollten gelernt haben. Wir sollten zu unserer ganz besonderen Verantwortung für den Weltfrieden stehen.

Obwohl eine atomare Superrüstung auf beiden Seiten eine mehrfache Vernichtung der gesamten Erde ermöglichen soll uns jetzt die sogenannte Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen aufgedrückt werden. Diesen Wahnsinn wollen wir nicht mitmachen, wir wollen leben und wehren uns mit aller Kraft gegen den vorprogrammierten Selbstmord.

In den USA wurde das größte Rüstungsprogramm aller Zeiten aufgelegt. In jeder Sekunde werden weltweit 40.000 DM für die Rüstung ausgegeben, während jedes 3. Kind vor dem Erreichen des 1. Lebensjahres verhungert.

Dies ist die Bilanz einer Politik ohne Gott, Politik blinder Augen, tauber Ohren und versteinerten Herzen. Zu einer solchen Politik des Friedens durch Abschreckung müssen wir hier und heute (allen verantwortlichen Politikern) leidenschaftlich "NEIN" sagen. So endet Frieden im atomaren Inferno

Ich möchte die Antwort geben mit dem Wort der Bibel. Hier gilt es das Wort des Lebens für uns, die wir vom Atomkrieg bedroht sind. Hier gilt es, die Wahrheit, die jeder von uns erleben und erfahren kann.

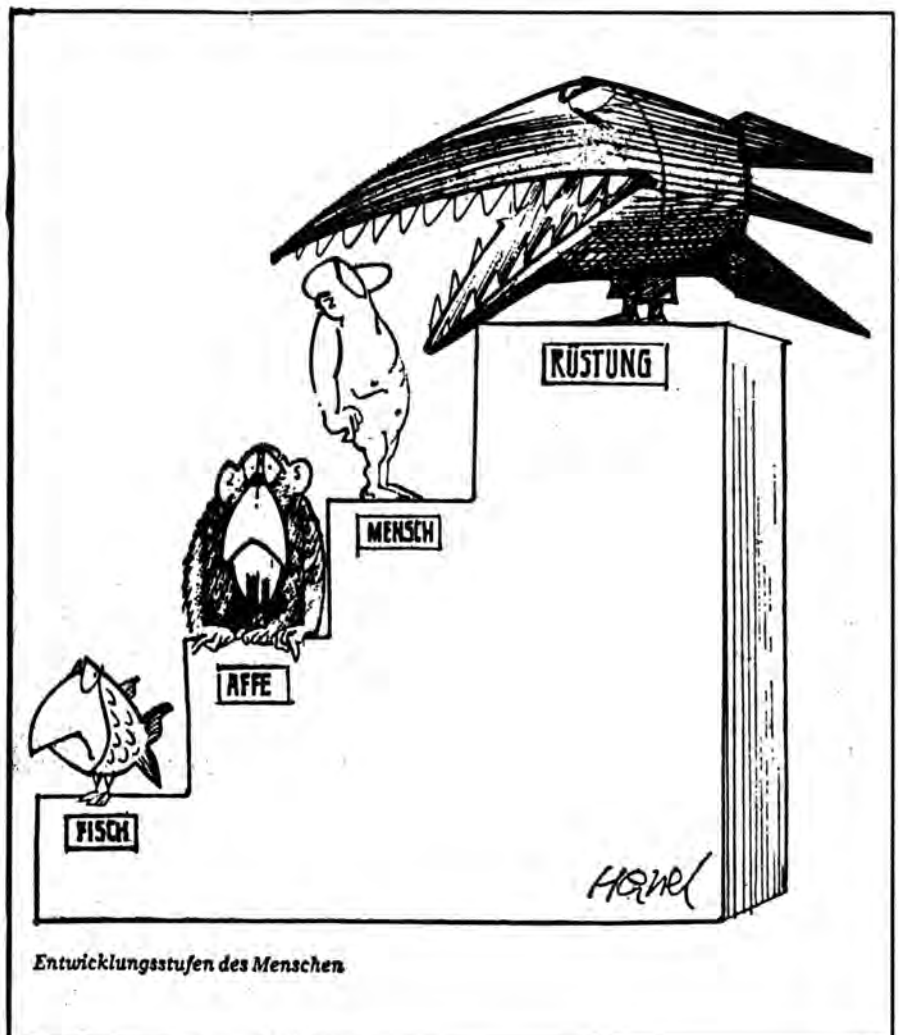
Es wird uns berichtet: Jesus sah die Stadt Jerusalem und weinte über sie: Wenn du doch an diesem deinem Tage erkennen würdest, was zu deinem Frieden dient. (Luk. 15, 41)

Jesus weint auch über sein istaelisches Volk, das sich jetzt nur noch auf seine militärische Macht verläßt und den Libanon in ein Blutbad verwandelt.

Er weint über das englische Volk, das seinen Namen kennt und trotzdem in nationaler Überheblichkeit einer kleinen Inselgruppe wegen viele Menschen in den Tod schickt und den Weltfrieden gefährdet.

Diese Friedensliebe Jesu ist stärker als Atombomben. Diese Liebe verdrängt alle Furcht und alle Feindbilder. Laßt uns aufstehen für den Frieden!

Bürgermeister Hans-Jürgen Kaiser



Entwicklungsstufen des Menschen

BRAUCHEN WIR EINE LINKE OPPOSITION ?

DEMOKRATISCHE SOZIALISTEN in Whv

Offensichtlich, denn trotz der auch am Abend des 2. Juni immer noch drückenden Hitze kamen über 80 Interessierte zur ersten öffentlichen Veranstaltung der Initiative Demokratischer Sozialisten Wilhelms- haven, bei der Manfred Coppik zugegen war.

Zu Beginn der Veranstaltung trugen die Demokratischen Sozialisten einen Teil ihrer Gedanken und Perspektiven zur kommunalpolitischen Situation in Wlv vor, die sie als symbolisch für unsere Gesellschaft betrachten:

- Da ist zum einen die Arbeitslosigkeit, fest 12 % im Mai. Erinnerung wurde an die schlechende Entlassungspraxis bei Olympia, an die lange leerstehenden Schlafhorst-Hallen, während Abermillionen einer Großindustrie in die Tassen gesteckt worden sind, die lächerlich wenig Arbeitsplätze schafft.

- Dann gibt es die Subventions-
dome auf den Grodenflächen, ICI,
Mobil Oil, NWK, um derentwillen
das Wattenmeer immer weiter zer-
stört wird. Blinde Schafe auf den
Deichen, "eingeplante Störfälle"
bei ICI, Chlorgasgestank, Beinahe-
Unfälle von Tankern auf der Jade
- all dies Dokumente des Grundge-

setzes unserer Gesellschaft: Profit für einige wenige, Lebensgefahr und Arbeitslosigkeit für viele.

- Wilhelmshaven ist Marinestadt, das sehen und merken wir überall und jeden Tag. Aber nicht nur das macht unsere Stadt zum bevorzugten Ziel feindlicher Angriffe in jeder Art Krieg: neben dem Kriegshafen haben wir noch chemische Großindustrie und die Lagerstätten der Ölvorräte der BRD zu "bieten".

- Schließlich finden wir in Wlv
alle Sünden kapitalistischer Städ-
tebaus: u.a. den Konsumschlauch
Marktstraße, die Legoland-Stadt-
halle, zu Parkplätzen degradierte
Stadtplätze, die Wildwest -Archite-
ktur in der Bismarckstraße zwis-
chen Werftstraße und Banter Weg,
Abriß leerstehender Häuser trotz
Wohnungsnot.

Dies alles konnte geschehen trotz jahrzehntelanger sozialdemokrati-

scher Herrschaft! Aber Entscheidungen werden bei uns inzwischen bekanntlich von der Verwaltung oder aber nach den Interessen von Industrie und Militär getroffen. Deswegen brauchen wir eine radikale sozialistische und auf der Menschen bezogene Politik in Wilhelms haben. Es ist dringend notwendig, gemeinsam mit Grünen, Bürgerschaft und Alternativen eine politische Alternative gegen den herrschenden Block anzubieten.

Die Demokratischen Sozialisten sind personell in den Gewerkschaften verankert und stehen in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, die auch in Wlv Geschichte mitbewegt hat.

ARBEIT – FRIEDEN –

UMWELTSCHUTZ

Daraus ergeben sich u.a. folgende kommunalpolitische Zielvorstellungen:

- kommunale Wirtschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen; vorrangiges Ziel muß Schaffung von Arbeitsplätzen sein; die Arbeitslosigkeit in Wnhv muß zügig abgebaut werden

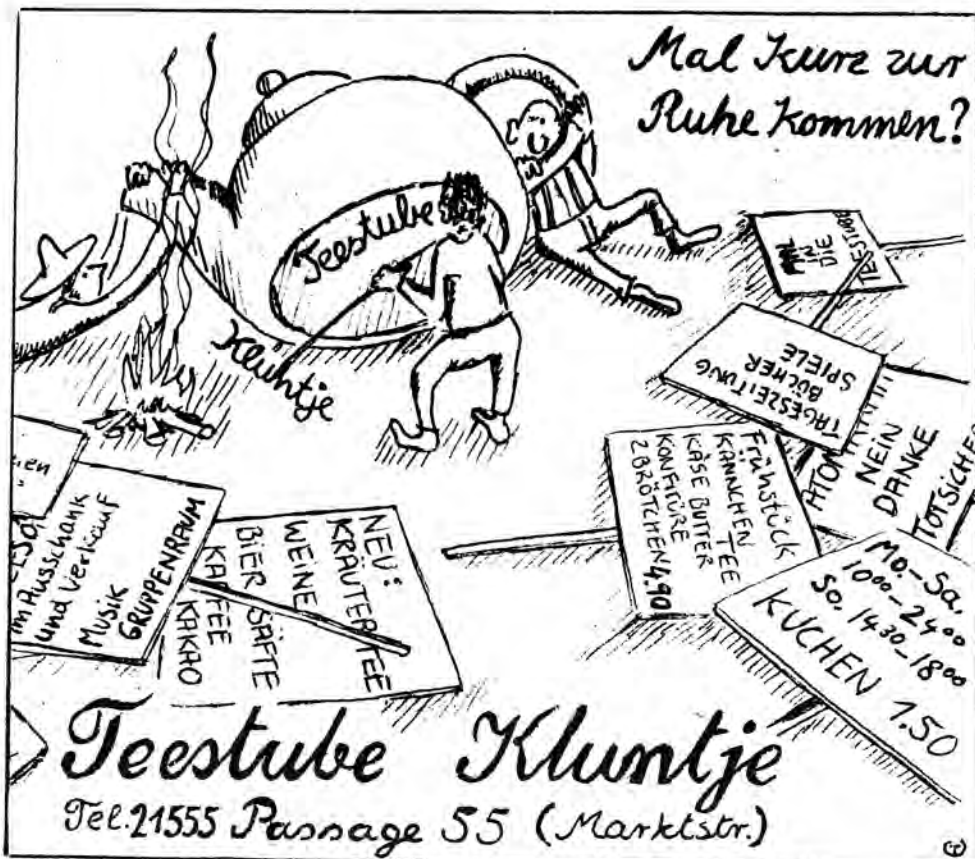
- Schluß mit der Umweltzerstörung, die nicht nur unsere Gesundheit bedroht sondern auch zahllose Arbeitsplätze in Fremdenverkehr und Industrie kostet. Alle ökologischen Konsequenzen müssen bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen vorrangig bedacht werden - es gibt keinen Gegensatz "Umweltschutz contra Arbeitsplätze"

- Aufklärungsarbeit in Hinblick auf die Folgen eines Krieges in Wilhelmshaven; Stärkung der Friedensbewegung, keine Aufrüstung, keine Produktion von Kriegsschiffen mehr in WHV!

Die Zeit drängt

Im Anschluß an diese Gedanken nahm Manfred Coppik zur bundespolitischen Situation Stellung: das sogenannte Beschäftigungsprogramm, das eher neue Anreize zur Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen liefert als zu deren Schaffung, Bafög-Kürzungen, Kürzungen der Leistungen für Behinderte, dabei gleichmäßiger Anstieg der Ausgaben für die Rüstung, politische Terrorurteile im Itzehoe-Prozeß, Kriminalisierung von Bewegungen, z.B. Startbahn-West.

"Wir haben nicht mehr viel Zeit, wenn wir etwas dagegen tun wollen", warnte Coppik und wies darauf hin, daß 1983 die Raketenstationierung auf Bundesgebiet beginnen soll. "Danach könnte es vielleicht zu spät sein." Schon lange sind keinerlei linke Positionen mehr in Regierungsbeschlüssen zu finden. Eppler, die Hoffnung vieler Linker in der SPD, ist nicht mehr im



Forts.
nächste Seite!



MaB Manfred Coppik

Fortsetzung von S.

Parteipräsidium - "deshalb brauchen wir die sozialistische Partei die gemeinsam mit Grünen und Alternativen eine Politik für Menschen machen kann."

Diese Notwendigkeit wurde auch in der Diskussion immer wieder deutlich. Die Demokratischen Sozialisten wurden z.T. mit großem Engagement aufgefordert, sich als politische Kraft zu konstituieren - "Wir warten doch drauf!" sagte ein Kollege aus einem Whvner Betrieb. aju

PFANNEKUCHEN

Wie wird man freier Unternehmer?

Wie schüchtern wir ein? Wie schrecken wir ab? Das sind nicht etwa nur Themen unserer Wehrexperthen, wenn sie militärisch weiter aufrüsten wollen, das sind offensichtlich Fragen, die sich unser Innenministerium neuerdings stellt, wenn es um das Gegenteil geht: um die Friedensbewegung.

Hartmut Ring, Lehrer für Religion Sozialkunde/Politik und Geschichte, hat sein Studium im Januar 82 mit "sehr gut" abgeschlossen und wird für den 19.1.82 in eine Planstelle an der IGS-WHV eingewiesen. Er wartet ... das grüne Licht zum Start fehlt noch. Am 15.2.82 erhält er dann folgenden Bescheid: "Die Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen" ... wird noch "einige Zeit in Anspruch nehmen".

Seine Sec.II Schüler warten... der Unterricht in Religion fällt aus.

Was hat das Ministerium des Inneren an Hartmut Ring auszusetzen? Was macht es ihm zum Vorwurf? Der aktive Gewerkschafter hat sich seit 1973 in seiner Gewerkschaftsarbeit neben der Personal- und Fachschaftsvertretung auf zwei Gebieten engagiert: Einmal gegen Berufsverbote (in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), zum andern für den Bereich "Friedensziehung" (wieder in der GEW und an der Uni Oldenburg).

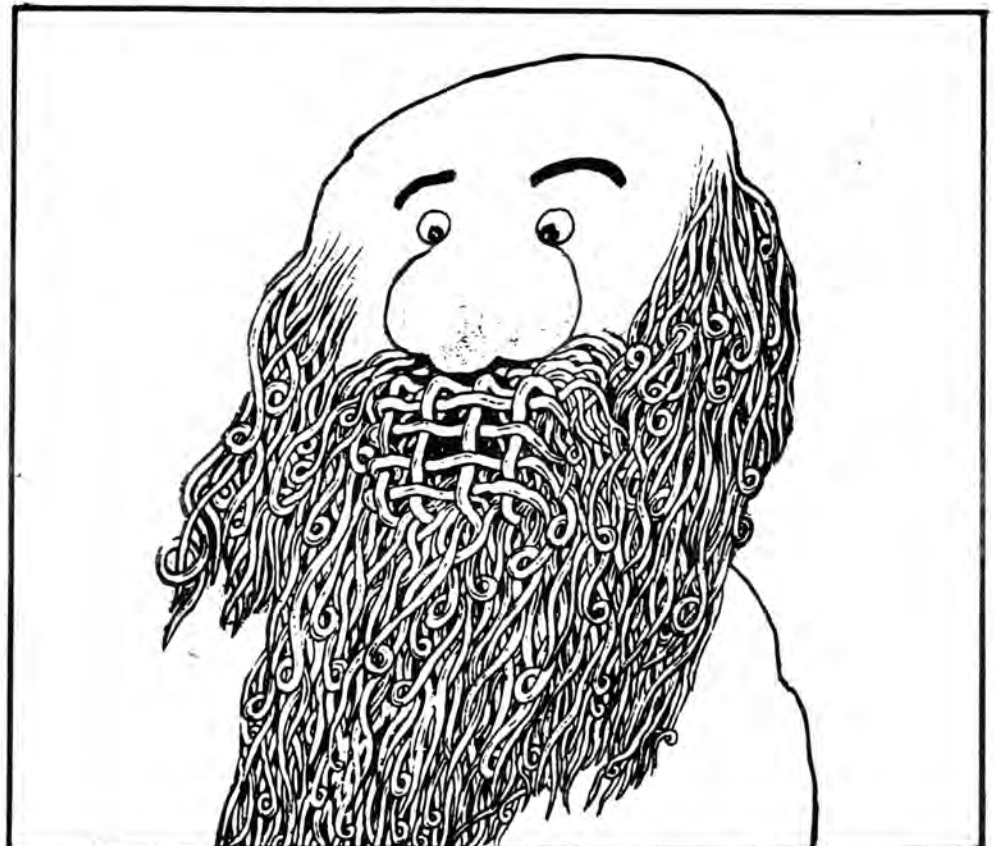
Inzwischen haben zwei Anhörungen stattgefunden, ohne daß die Situation sich geändert hat. Die Schüler warten noch immer ... Hartmut Ring und seine Frau (arbeitslose Lehrerin) verkaufen auf Jahrmärkten französische Pfannkuchen. Freies Unternehmertum!!!

Man fragt sich: Wozu dies ganze Überprüfungsverfahren, so doch das Beamtengesetz voll ausreicht, um disziplinarisch gegen jeden vorzugehen, der sich eines Dienstvergehens schuldig macht?

Nun, es geht offensichtlich nicht um die Loyalität im Beruf, denn Hartmut Rings Tätigkeit in der Schule, der Universität und der Gewerkschaft hat keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen gegeben.

Worum geht es aber dann, bei diesen seit 10 Jahren praktizierten

Anhörungsverfahren und Berufsverböten? Ist es etwa der Versuch einen aus der Friedensbewegung herauszupicken um ähnlichgesinnte junge Leute abzuschrecken und ihnen zu zeigen: Das alles passiert Dir nicht, vorausgesetzt Du bewegst Dich in den dem Staat angenehmen politischen Bahnen? Ist es der Versuch einzuschüchtern und jungen Leuten zu signalisieren: Finger weg von Initiativen gegen den Abbau demokratischer Rechte, von intensiver Gewerkschaftsarbeit, von für Wahlen zugelassenen Linksparteien, neuerdings auch von der Friedensbewegung? ufk



AUSSER SPESEN...

Zum SPD-Parteitag

Nach den Parteiaustritten steht uns in Wilhelmshaven eine andere SPD ins Haus. Eine, die mehr der Bundes-SPD gleichen wird. Dies bewies auch der jüngst Unterbezirksparteitag der SPD, auf dem der F'grodener Klaus Vogel zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde. Was ändert sich dadurch in der SPD?

Vor zwei Jahren hatte die Parteilinke in einer knappen Kampfabstimmung den halblinken Heinz-Georg Zimmermann gegen den eher konservativen langjährigen SPD-Vorsitzenden und ehemaligen Landesminister Herbert Hellmann durchgesetzt. Jetzt wählten sich die Parteitage delegierten den Parteirechten Klaus Vogel zum Vorstzenden.

Der F'grodener Klaus Vogel ist das was Sozialdemokraten sich wünschen: Arbeitnehmer (bei ICI), Antimilitarist bis auf die Knochen und bar jeder Theorie. Herz und Zunge auf dem rechten Fleck, Sonny-Boy und volksverbunden. Der im vergangenen Jahr nicht wiedergewählte Ex-Ratscherr Vogel trat gegen einen Gegner an, der auch in den eigenen Reihen wenig Freunde hat.

Zu sehr hatte sich Zimmermann zwischen den Fronten gewunden. Zu sehr wollte er es allen recht machen, um seine damals knappe Mehrheit auszubauen. Vielleicht auch, um die in Wilhelmshaven bis zum Austritt der dreißig Linken besonders heftig diskutierende Partei zu einen.

Den Grundstein zu seinem Sturz legte er selbst, als er vor einem Jahr die abzusehende Mehrheit gegen

eine Kohlevergasungsanlage an der Jade durch einen Ehrenberg- und Krellgesteuerten windelweichen Kompromißantrag zu Fall brachte. Denn ein klares Nein zur Kohlevergasung hätte all die Querelen um die Koalitionsbildung nach der verlorenen Kommunalwahl erübrigt. So aber mußte sein großer Coup - in dem er als Zimmerer einer rot-grünen Koalition Format bewies - mit einer Niederlage enden. Sein eher an taktischen als an inhaltlichen Gesichtspunkten orientiertes Verhalten in Fragen innerparteilicher Auseinandersetzungen trug zum Parteiaustritt seiner früheren Wähler mit bei.

Klaus Vogel hat stattdessen in erfrischender Offenheit immer klare Positionen bezogen: Für die Ansiedlung weiterer chemischer Industrien gegen die Linken in der Partei, für eine eher konservative Arbeitnehmer-SPD.

Hinter Vogel stehen die mitgliederstarken Arbeitnehmer-Ortsvereine des Stadtnordens, der rechte Ortsverein West und der Ortsverein Siebtsburg des Landtagsabgeordneten Ulrich Iserlohe.

Die linken Ortsvereine, die Zimmermann vor zwei Jahren zur Wahl verhalfen, sind indes (bis auf Heppens)

zerschlagen. Tonndeich, Mitte und Bant geben nichts mehr her. Andere Ortsvereine wie Altengroden wurden kürzlich von den Rest-Linken endgültig gereinigt. Die Jusos sind schwach und unbedeutend.

Anders als vor zwei Jahren verfügt die Parteirechte im Vorstand jetzt über eine satte Mehrheit. Bloß: An der Politik und dem Erscheinungsbild der Partei wird der Wechsel an der Spitze wenig ändern. Die SPD wird auch weiterhin ideenlos den Vorgaben ihrer "Hauptamtlichen" in der Stadtverwaltung folgen. Und die brauchen sich in der Partei ja gar nicht erst zur Wahl zu stellen.

Wolfgang Kuschel

Kleinanzeigen

Eine Zeile kostet eine Mark (35 Anschläge). Bitte in Briefmarken beifügen. Anzeigenaufträge an: Hajo Stolze, Holtermannstr. 52, 2940 WHV

Suche gebrauchtes Fahrrad, kostenl. T.: 2 42 60

Verkaufe lindgrünes Klappfahrrad. T. 2 39 95

Suche Soundtrack von Hair, T. 24260

Suche Korbpuddenwagen, T. 201201

Alte Bücher? Nicht wegwerfen! Ein

Bücherfreund freut sich, T. 201970

Suche Dachgepäckträger für alten R 16 Tel.: 32 777

Suche Cassettendeck und Zelt, Tel. 22227

Surfbrett zu verschenken, Rigg u.

2 Sturmsegel zu verk., T. 3 27 77

Wer hat mein Zelt geliehen und nicht zurückgegeben? Hajo Stolze

LEHRER AUF DEM MÜLL

Neue Faltblätter aus dem niedersächsischen Kultusministerium schwirren durchs Land: "Lehrerstudium lohnt sich das?" ist der Titel und (ex) Kultus-Minister Werner Remmers warnt darin alle, die mit dem Berufswunsch Lehrer spielen.

An den Lehrerausbildungsseminaren reisen hochgestellte Beamte der Bezirksregierung herum, um den "Lehrerlehrlingen" auch noch die letzten Illusionen zu nehmen. Ihre Ausführungen enden in Hinweise auf "fachfremde" Berufe wie...Arbeit im Reisebüro...

Zwischenzeitlich finden sich schon über 55 000 arbeitslose oder kurzarbeitende Lehrer in der fast 2 Mio.-Armee des Herrn Stingl.

Sicherlich gibt es keinen Grund, arbeitslose Lehrer aus dem Gros der bundesdeutschen Arbeitslosen besonders hervorzuheben, doch muß es einem die Zornesröte ins Gesicht treiben, betrachtet man, wie der "vorsorgliche Vater (Sozial-)

Staat" mit diesem Problem umgeht. Schon seit Jahren wird es auf den Kultusministerkonferenzen von einer Tagesordnung auf die nächste verschoben. Mehr als Solisten unterbreiten einzelne berufene (?) Politiker geradezu irrwitzige Lösungsvorschläge. Neben den Gehaltskürzungen für Beamte und anderen Sonderopfern wird neuerdings noch eine Arbeitszeitverkürzung mit der Gehaltskürzung gekoppelt. Abstruse Ideen wohlbedachter, nach 'B'besoldeter Beamten.

Denn trifft die galoppierende Teuerung nicht auch die Lehrerkollegen, wie alle anderen Bürger? Haben sie nicht kürzlich mit viel Arbeitsaufwand und gegen die grossen Meinungsgruppen bewiesen, daß

das Gebot der Stunde eine Arbeitszeitverkürzung und Angleichung der Zahl ihrer Pflichtstunden an die 40-Std.-Woche ist? Belegen nicht weiterhin besonders dezentrale, örtliche Untersuchungen von

Lehrerkollegen mit Schülern und Eltern zusammen, daß trotz des Geredes um den "Schülerberg" und den "Fillenknicke" ein Unterrichtsausfall an den meisten Schulen zwischen 10 und 20 % die Regel ist? - die Folge einer geradezu monströsen Rotstiftspolitik. Und wie viele Klassen sind bislang auch nur annähernd dem gewerkschaftlichen Ziel von "keine Klasse über 23 Kinder" nähergekommen? Welches Schindluder wird mit Angestellten-Kurzzeit-Verträgen getrieben, die nichts anderes sind, als der deutliche Ausdruck der Flickschusterei einer total verkorkten Bildungspolitik.

Der letzte, aber nicht neueste Trick steht jetzt vor der Tür: die Beamten sollen erst nach dreimonatiger "Pause" eine Gehaltserhöhung erhalten - so würden aus den für den öffentlichen Dienst ausgehandelten 3,6 % noch nicht einmal 2,5 % ... str



JADEABWÄRTS

BBS 3 – Hauswirtsch. gestorben

(fn) Die Rotstiftpolitik im Rathaus hat ein neues Opfer gerunden. Nachdem in der Vergangenheit kein Prestigeobjekt zu teuer war, reicht nun das Geld für den Weiterbau des Berufsschulzentrums nicht mehr. Eine notwendige Sporthalle wurde gestrichen und – was noch schlimmer ist – der Neubau der Berufsbildenden Schule III (BBS III – Hauswirtschaft) wird vorerst auf Eis gelegt.

In offensichtlicher Panik, angesichts eines Finanzlochs von 14 Millionen im städtischen Haushalt wurde im Verwaltungsausschuß am 1. 6. die Notbremse gezogen und der 4. Bauabschnitt des Berufsschulzentrums gestoppt. Lediglich die Fertigstellung der BBS II – Technik konnte passieren. Schlimm trifft es die BBS III – Hauswirtschaft. Nachdem zuvor der Bau- und Schulausschuß dem Projekt zugestimmt hatten, hofften Schüler und Lehrer auf einen Baubeginn im Herbst dieses Jahres. Zur Zeit ist die BBS III in drei verschiedenen Gebäuden im Stadtgebiet verteilt. Über die Abschaffung dieses Provisoriums waren sich alle Parteien einig. Besonders die SPD betonte immer wieder die absolute Priorität auf Parteitag und in Wahlprogrammen.

Daraus wird nun nichts. So wie die Dinge liegen, wird die BBS III vorerst das Schlußlicht der Wilhelmshavener Schulpolitik bleiben. Der Beschluß des Verwaltungsaus-

schusses ist lapidar: über den Bau der BBS III soll erst 1983 neu entschieden werden.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Finanzlage im nächsten Jahr besser aussieht. Die Steuereinnahmen besonders von Mobil – Öl und ICI gehen rapide zurück. Der Landeszuschuß für den Schulneubau von bis zu 50% wird ebenfalls verstreichen. Es ist völlig ungewiß, ob im nächsten Jahr das Land überhaupt noch Geld locker macht.

Für die BBS III bedeutet das die Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag. Es muß gefragt werden, ob der Beschluß wirklich ausgelotet wurde, beispielsweise in der Streckung des Bauvorhabens, um sich mindestens die Landesmittel zu sichern. So beschlich denn auch die entscheidenden Rats Herrn Unwohlsein. Mit einem Verfahrenstrick entledigte man sich des Problems: niemand stimmte für oder gegen die Vorlage – man enthielt sich geschlossen der Stimme. Da-

Fort. rechts oben

mit war die Sache vom Tisch und die Verantwortlichkeit auch.

Nicht ganz ohne Pikanterie ist in diesem Zusammenhang die plötzlich wieder aufgetretene Frage der Groddammöffnung, die man mit einer mehr als zweifelhaften Süstrandaufräumung der Bevölkerung schmackhaft machen will. Beides kostet Geld. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Die Schüler der BBS III werden es zu würdigen wissen, wenn ihre Schule die Jade runtergeht.

MÖCKLINGHOFF

macht seine Drohung wahr und über zieht 24 Lehrer, die im Kommunalwahlkampf für die DKP kandidiert haben mit Disziplinarmaßnahmen, die zum Ziel die Entfernung aus dem Dienst haben. Die DKP Mitgliedschaft dieser Leute war nie ein Geheimnis. Genügt es neuerdings schon für eine zu Wahlen zugelassene Partei zu kandidieren um aus dem Staatsdienst entlassen zu werden? Bei aller Distanz zur DKP, – wehret den Anfängen! ufk

ERFOLGSMELDUNG

Christel Westermann, Kay Franz und einige andere Jugendliche aus dem Dorf Fedderwarden haben es geschafft. Daß Fedderwarden ein Jugend-Treff bekommen sollte, war vor 8 Jahren das erste mal im Gespräch, aber jetzt ist es Tatsache geworden.

Der Jugendwohlfahrtsausschuß hat es bestätigt, es kam zu einem einstimmigen "JA". Ab dem 01.08.1982 darf die Jugend von Fedderwarden das alte Spritzhaus beziehen. Die Jugendlichen und einige Eltern aus dem Dorf wollen die Kosten senken, indem sie Eigenarbeit leisten. In dem Jugendtreff sollen z.B. Nachhilfe, Kartenspiele, Grillabende, Filmabende usw. veranstaltet werden.

Westermann /Fraaz

NACHTRAG ZUR

KOHLEVERGASUNG

In Oberhausen wird die "Synthesegasanlage Ruhr GmbH" 1986 eine Kohlevergasungsanlage in Betrieb nehmen. Die Gesellschaft wurde zu diesem Zweck aus der "Ruhrkohle Öl und Gas AG" und der Ruhrchemie AG" gegründet.

Neben Synthesegas soll Wasserstoff und Dampf für die Energieversorgung der Ruhrchemie erzeugt werden.

Die Hälfte der Investitionskosten soll aus dem Kohleveredelungsprogramm der Bundesregierung kommen, darüberhinaus wird mit einer jährlichen Beihilfe für die Nutzung Deutscher Steinkohle in Höhe von 15 Millionen DM gerechnet. Bei so viel Hilfe mit Steuergeldern wird auch ein unrentables Verfahren wie Kohlevergasung genügend Gewinn erhoffen lassen. oe

Terminkalender

Grüner Stammtisch:
jeden Dienstag 20 Uhr Kucherei

Bürgerinitiative Umweltschutz:

jeden Dienstag 18.30 Uhr
Pumpwerk / Nebengebäude

Stadtjugendring:

„Sie nennen es Frieden“
18.6. - 25.6. Stadthalle
Friedenspädagogische Ausstellung

♀:
ehemals Werftstraße,
jetzt Börsenstraße 111, jeden 2.
Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr

Also schließen wir uns zusammen!
Lustig & Lecker!



Demokratische Sozialisten:

1. und 3. Dienstag im Monat
Ort s. WZ (Sommerpause!)

Gaststätte am Schaardreieck:

Flohmarkt: 19. 6. u. 17. 7. ab 14.00
jam session 27. 6. u. 18. 7. ab 17.00 Uhr
Oldie-Tanzabend 24. Juli

Kunsthalle:

„Wilhelmshavener Künstler“
17. 6. - 9. 7. 82

Humboldtschule:

„Projektwoche Frieden“ 18. - 23. 6.
18. 6. 18.00 Uhr Anla: Diskussion
21. 6. 15 - 17.00 Uhr Filmnachmittag
22. 6. 15 - 20.00 Uhr Friedensfest
22. 6. ab 18.00 Uhr Friedensgottes-
dienst, Thomaskirche

Pumpwerk:

Di. 3. 8. Film: „Madame Rosa“
Fr. 6. 8.: 6 Jahre Pumpwerk
Di 10. 8.: Shirins Hochzeit
(Film)

Do 12. 8. Narrenschiff, Theater
So 15. 8. Kabarett mit
Hans Fritzsche u. anderen

Sa 21. 8. } Windfest
So 22. 8. }

Di 24. 8. Kinder des Olymp (Film)
Fr. 27. 8. Aktion Sühnezeichen
informiert über die
Friedensbewegung i. d. USA



Hinein in den Förderkreis

Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung

Ich trete hiermit dem Gegenwind-Förder-
kreis bei.

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
Wohnort: _____
Telefon: _____

Ich erkläre mich hiermit einverstanden,
daß der Gegenwind-Förderkreis

monatlich _____ DM von meinem
Konto Nr. _____ bei der _____
in _____ abbucht und

dem Kto.Nr. 12 62 87 41 00 bei der BfG-
WHV unter dem Stichwort "Förderkreis"
zuführt.

Wilhelmshaven, den _____ (Unterschrift)

Einsenden an W. Kuschel, Kettenstr. 36, WHV
Mitglieder erhalten den Gegenwind kostenfrei.

Unterstützt GEGENWIND durch ein Förderabo
Förderabo - für Dich und zum Verschenken!!

Abonniert!

Ich möchte Gegenwind durch ein Förderabo
unterstützen.

Ich abonniere zehn Nummern des Gegen-
wind zum Förderpreis von

35,-- DM

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
Wohnort: _____
Telefon: _____

Ich lege den Betrag als Scheck bzw. in
Briefmarken bei.

Wilhelmshaven, den _____ (Unterschrift)

Einsenden an W. Kuschel, Kettenstr. 36, WHV
Gegenwind wird regelmäßig zugeschickt.